

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

Haushaltsdebatte vom 11. Dezember 2024

Gerne hätten wir Ihnen einen riesigen Haufen neuer Projekte und einen üppig ausgestatteten Haushalt unter den Tannenbaum gelegt. Doch der blaue Brief stand schon im 19. Jahrhundert zu Zeiten der preußischen Armee für das Ende einer Zeit, für ein Umdenken. An dieser Verantwortung unserem Land gegenüber kommen wir leider nicht vorbei.

Natürlich hoffen auch wir, dass der Worst Case nicht eintritt und wir mehr Handlungsspielräume haben, was zurzeit jedoch leider nicht absehbar ist. Dementsprechend wäre es unverantwortlich, uns nicht auf die höchste finanzielle Beteiligung von Seiten der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorzubereiten. Liebe Oppositionsmitglieder, seien Sie ehrlich mit sich selbst: Sie wären die Ersten, die uns sonst mangelnde Weitsicht vorwerfen würden.

Aber in jeder Krise steckt auch eine Chance, sagt man. Und diese Chancen wollen wir nutzen. Und das tun wir, indem wir den Haushalt durchforsten: Heißt Dinge auf den Prüfstand stellen und ggfs. komplett überdenken.:

- Verstärkt nach Bedarf verteilen!
- Mehr strukturelle Bezuschussung, um Planungssicherheit zu gewährleisten.

Denn sie werden mir sicher zustimmen, dass das so genannte Gießkannenprinzip in haushalterisch schwierigen Zeiten nicht tragbar ist. Und so wurde der gesamte Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft dahingehend durchforstet, dass Doppelangebote vermieden, Effizienz gesteigert und gleichzeitig Beihilfssysteme und Mehrfachbezuschussungen künftig ersetzt werden durch strukturelle Unterstützungssysteme, die direkt den Nutznießern, die es benötigen, zugute kommen. Ich möchte in dem Kontext zu bedenken geben, dass Beihilfssysteme nämlich nicht per se sozial gerecht sind, nur weil sie diesen Namen tragen. Und das wiederum bedeutet, dass wir an der ein oder anderen Stelle auch mal kreative, neue Wege gehen müssen.

Bis auf wenige Ausnahmen sparen wir in meinen Zuständigkeitsbereichen durch den Verzicht auf Erhöhungen: richtig, Frau Colling! Denn sie werden mir sicher zustimmen, dass nicht erfolgte Erhöhungen immer besser sind als Kürzungen. Es findet also keineswegs ein sozialer Kahlschlag statt, auch wenn es dem ein oder anderen hier im Halbrund in die Argumentation passt. Ich kann Sie beruhigen: Wir sparen uns nicht kaputt! Durch die Verteilung der Sparlast auf die verschiedenen Zuständigkeitsbereiche wird das Gewicht jeder Maßnahme abgefedert und auf das Notwendigste beschränkt.

Keine einzige Sparmaßnahme haben wir aus der Hüfte geschossen. Alle sind wohl überlegt. Wir haben als Regierung tagelang zusammengesessen, uns jedes einzelne Projekt angeschaut,

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

um eben sozialverträglich zu sparen. Bei allen Maßnahmen war die Regierung bemüht, keine strukturellen Einschnitte bei den Einrichtungen vorzunehmen. Um eben nicht kommende Generationen zu belasten. Aber selbstverständlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, bedeutet Sparen weniger Geld ausgeben.

Und Sparen erfordert nun mal eben Mut. Kritisieren kann jeder. Daher meine Frage an Sie, liebe Kollegen der Opposition: Wo hätten Sie denn die mehr als 4 Millionen Euro im Organisationsbereich 50 gespart? Dazu habe ich nichts gehört! Ich bin offen für jeden konstruktiven Vorschlag. Falls Sie aber das Patentrezept haben, um zu sparen, ohne irgendwo etwas wegzunehmen, dann lassen Sie es mich bitte wissen.

Eine nicht zu unterschätzende Herausforderung ist im Zusammenhang mit Sparmaßnahmen **die Armutsbekämpfung**. Sie findet in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf zahlreichen Ebenen statt: Soziale Organisationen und Sozialbetriebe, soziale Treffpunkte, das Wohnungs- und Gesundheitswesen, die Kinderbetreuung und das Bildungswesen, die Beschäftigung, die Sport- und Kulturpolitik leisten in Ostbelgien ihren Beitrag zur Bekämpfung der Armut und – noch wichtiger – zur Armutsprävention.

Und sollte es dann doch die "letzte Verteidigungslinie" bei sozialen und finanziellen Schwierigkeiten brauchen, Frau Colling, erhalten die Bürger zudem bei den öffentlichen Sozialhilfezentren jede notwendige Form der Unterstützung. Denn dafür sind die ÖSHZ letztlich da!

Gleichzeitig gibt es (immer) mehr Anfragen und eine steigende Komplexität der Begleitungen im Bereich der **Jugendhilfe und des Jugendschutzes**.

Die Basis, um diesen Herausforderungen bestmöglich zu begegnen, wurde geschaffen mit dem neuen Dekret von 2023. Das neue Dekret bietet deutlich **mehr Raum für die Prävention und die Netzwerkarbeit**. Nun gilt es, dieses Dekret mit Leben zu füllen. Auch das ist letztlich Vorbeugung einer besonders schwerwiegenden Form von Armut: der Kinderarmut.

Für das Projekt **Reset – noch mal von vorn!** für junge Menschen in schwierigen Lebenslagen, das durch das ÖSHZ St. Vith getragen wird und im nächsten Jahr seine Arbeit aufnimmt, werden 2025 (zusätzliche) Mittel in Höhe von 117.500 Euro vorgesehen. Das Projekt bietet eine Antwort auf den Bedarf im Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft, der nicht alleine durch die ambulante Begleitung durch das Zentrum Mosaik abgedeckt werden kann.

Das Zentrum Mosaik erhält zusätzliche 310.000 Euro, um die Arbeitsbedingungen und damit die Qualität der Arbeit zu verbessern.

Ein wichtiges Element zur Armutsprävention bei **Zugezogenen** ist das Erlernen unserer Sprache. Das Erlernen der Sprache öffnet die Türen zu unserem Arbeitsmarkt und ist somit ein elementarer Bestandteil der Armutsprävention.

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

Weitere Verbesserungen werden angestrebt beim Übergang von den Sprachangeboten des Integrationsparcours hin zum Arbeitsmarkt.

Im Rahmen der Fachkräftesicherung haben wir keine andere Wahl als Migranten schneller und effizienter in unsere Gesellschaft und unseren Arbeitsmarkt zu integrieren.

Das Referenzzentrum Info Integration erhält daher zusätzliche Mittel in Höhe von 162.000 Euro für zusätzliche 2,5 Vollzeitäquivalente und damit eine noch bessere Begleitung der zugezogenen Mitmenschen.

Kommen wir zu den **Sozialbetrieben**. Die Sozialbetriebe bilden für mich das Rückgrat für eine Wiedereingliederung ins Berufsleben, für Fachkräftesicherung durch Reaktivierung, für einen Ausstieg aus der Armutsspirale, aber auch für ein selbstbestimmtes Leben von Menschen mit einer Beeinträchtigung. Die Sozialbetriebe sind daher ein wichtiger Partner für die Regierung.

Nun geht es ab dem 1. Januar an die Umsetzung des neuen Dekretes und in dessen Ausarbeitung die Sozialbetriebe eng eingebunden waren.

Das neue Dekret definiert unter anderem den **Betreuerschlüssel**, der für soziale **Eingliederungsbetriebe bei 1:10 und bei Vorschalt- und Integrationsmaßnahmen sogar bei 1:6** liegt, wodurch einige Betriebe Anrecht auf zusätzliche bezuschusste Betreuer haben und die Begleitung der benachteiligten Personen noch optimaler gestaltet werden kann als bisher. Genau genommen verdoppeln wir unsere Investitionen in diesen wichtigen Sektor im Vergleich zum Vorjahr.

Allgemein nehmen wir keine Kürzungen im **nicht kommerziellen Sektor (NKS)** vor! Und das hat erhebliche Anstrengungen erfordert. Ich verschweige ihnen nicht, dass - neben der Nicht-Indexierung der Aktif-Stellen (*N.B. wie in der FG*) - Kürzungen bis zu 4 Prozent im Raum standen. Das hätte unweigerlich zum Entlassen von Personal führen müssen. Das aber hätte nicht unserem Ziel des sozialverträglichen Sparens entsprochen. Aber es ist natürlich richtig: Wir nehmen auch keine Erhöhungen über die üblichen 1,25 Prozent hinaus vor – aus den genannten und Ihnen bekannten Gründen, nicht aber weil wir beim NKS keine Erhöhungen vornehmen wollen. Im Gegenteil: Wir verschonen den NKS - und so auch die WPZS - von Sparmaßnahmen, da es unser eigentliches Ziel bleibt, eben diese Bereiche aufzuwerten.

Die **Inklusion von Menschen mit einer Beeinträchtigung** ist nicht nur ein Ziel, sondern eine Verpflichtung, die wir per UN-Konvention eingegangen sind. Vom Optimum sind wir jedoch noch weit entfernt.

In nächster Zeit (2025) ist eine umfassende **Kampagne** zur Förderung und **Erweiterung der Wohnressourcen** für Menschen mit Unterstützungsbedarf in der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) geplant. Ziel dieser Kampagne ist es, passgenaue Wohn- und Betreuungsangebote zu schaffen und sicherzustellen, dass jeder Mensch mit Unterstützungsbedarf in Ostbelgien die passende Unterstützung erhält.

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

Zurzeit entstehen daher an verschiedensten Stellen Wohngemeinschaften, beispielsweise in der Klebankgasse in Eupen. Eine Lösung für die Menschen, die zurzeit die Wohnressource in Oberhausen bewohnen, ist ebenfalls in Sicht.

Und der Ministerpräsident hatte ja bereits in der Vorstellung des Haushalts gesagt, dass wir dem Hof Peters in Emmels einen Zuschuss in Höhe von knapp 4 Millionen Euro gewähren wollen, um zusätzlichen Wohnraum für Menschen mit Unterstützungsbedarf zu schaffen.

Unsere finanzielle Zusage von 30 Millionen und später weiteren 37 Millionen Euro für den Bau und Umbau energetisch hochwertigen und bezahlbaren Wohnraums durch die ÖWOB bleibt trotz Sparanstrengungen bestehen.

Die ÖWOB GmbH ist der größte Akteur im Bereich des öffentlichen Wohnungsbaus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und verfügt über mehr als 1.300 Wohnungen, die zu sozialverträglichen Mietpreisen angeboten werden.

Unser langfristiges Ziel ist es, den aktuellen Prozentsatz von 4% öffentlich-geförderter Wohnungen zu steigern, da dies derzeit unter dem belgischen Schnitt liegt. Denn richtig, Herr Löffgen, der Bedarf ist da!

Doch nicht nur die ÖWOB, sondern auch die beiden **sozialen Immobilienagenturen** sind für die Regierung wichtige Dienstleister bei der Suche nach bezahlbarem Wohnraum für alleinstehende Eltern, Senioren mit kleiner Rente oder auch kinderreiche Familien und gewährleisten gleichzeitig eine soziale Begleitung von Menschen in Multiproblemsituationen.

Ich wiederhole daher, was ich bereits in der Regierungskontrolle vom 27. November gesagt habe: "Es handelt sich nicht um eine unüberlegte Entscheidung, die Mietabzüge abzuschaffen, sondern sie reiht sich ein in die allgemeinen Sparmaßnahmen, die die Deutschsprachige Gemeinschaft in all ihren Zuständigkeiten gezwungen ist zu ergreifen. ...

So können auch die zwei Maßnahmen (im Programmdekret) hinsichtlich des Wohnungswesens - die **Streichung der Mietabzüge bei den sozialen Immobilienagenturen und die Mietbeihilfen auf dem privaten Wohnungsmarkt sowie die per Erlass festgelegten Mieterleichterungen für (kinderreiche Familien in) ÖWOB-Wohnungen** - nicht isoliert voneinander betrachtet werden.

Die Regierung ist sich der Bedeutung der sozialen Immobilienagenturen bei der Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum für sozialschwächere Personen bewusst. Daher hat sich die Regierung ja nun auch mit 20.000 Euro an der Werbekampagne der SIAs beteiligt.

Und nein, die Maßnahmen stehen nicht im Widerspruch zur **Werbekampagne**, bei der es darum geht, neue Vermieter von der **attraktiven Zusammenarbeit mit den SIAs** - und diese Zusammenarbeit ist auch über die Mietabzüge hinaus sehr attraktiv - zu überzeugen, eben damit zusätzlicher Wohnraum zur Verfügung gestellt werden kann.

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

Die Vermieter der sozialen Immobilienagenturen profitieren von attraktiven Vorteilen wie einer Mietgarantie durch die SIAs, Einsparungen bei der Katastersteuer, Bezuschussungsmöglichkeiten bei Renovierung, der Intervention der SIAs bei z.B. technischen Problemen etc., wenn sie ihren Wohnraum zur Verfügung stellen. Auch die Mieter profitieren von vielen weiteren Entlastungsangeboten, wie Sie wissen. Und das ist gut so.

Bestehende Mietbeihilfen und Mietabzüge bleiben bis Ende 2026 unangetastet. Aber auch darüber hinaus werden die Mietabzüge nicht ersatzlos gestrichen, sondern ebenfalls durch eine strukturelle Unterstützung ersetzt, Frau Colling. Sie haben doch gute Kontakte zu den SIAs – fragen Sie doch mal nach! Das habe ich auch schon im Ausschuss gesagt, das müssten Sie eigentlich wissen!

Eben dazu hat auch ein Austausch mit den sozialen Immobilienagenturen stattgefunden. Ich warte auf einen Vorschlag seitens der SIAs. Wir werden also die Mieter in prekären Situationen ganz sicher nicht im Regen stehen lassen.

Ich sage Ihnen aber auch ganz klar: Die Mietabzüge der SIAs sind reformbedürftig! Denn das ist ein solches sozial ungerechtes Beihilfssystem, Frau Colling! Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Die gewährten Mietabzüge sind unterschiedlich hoch. Wechselt der Mieter eines Mandats, also einer Wohneinheit, die durch die SIAs verwaltet wird, bleibt der Mietabzug aber gleich, da er den Vermietern zugute kommt und nicht den Mietern als Mieterleichterung dient! Der Mietabzug bleibt also gleich, ungeachtet dessen, in welcher sozio-ökonomischen Situation sich der neue Mieter befindet. Ist das in Ihren Augen gerecht, frage ich Sie, liebe Kolleginnen der Opposition?

Unsere Juristen sagen dazu klar Nein, da eine "nicht sachgemäße Nutzung der Beihilfen" vorliegt, die zudem auch noch nicht erlass-konform ist. Eine Reform ist also unumgänglich!

Ich bin daher gespannt auf den Vorschlag der SIAs, den ich – das kann ich Ihnen versprechen – im Sinne der Mieter prüfen werde. So dass diejenigen, die Hilfe benötigen, diese dann auch erhalten.

Familienleistungen dienen dazu, allen Kindern Entwicklungs- und Entfaltungschancen zu bieten und Kinderarmut zu bekämpfen. Das ist gut so! Und das soll auch so bleiben. Ich würde mir daher nie anmaßen, das Kindergeld als Gießkanne zu bezeichnen!

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat die Familienzulagen seit ihrer Einführung im Jahr 2019 Betrag um 20 % erhöht. Das ist beachtlich. Da werden

Und eben dieses Kindergeld wird nicht gestrichen und auch nicht gekürzt.

Es wird in den Jahren 2025 und 2026 nicht erhöht. D.h. wird nehmen nichts weg, sondern wir fügen nichts hinzu: ein kleiner aber wichtiger Unterschied! Eine Maßnahme, die aber bedauerlicherweise notwendig ist, da der Finanzbedarf für die Familienzulagen enorm ist. Das ist also keine Frage des Wollens! Wir können die Familienleistungen in den nächsten

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

beiden Jahren schlichtweg nicht erhöhen. Gleiches gilt für das Pflegegeld, das sich zudem - nicht zuletzt aufgrund der allgemeinen Kostenexplosion - als reformbedürftig erwiesen hat.

Zieht man einen Vergleich zum Landesinneren, dann stellt man fest, dass nicht nur der Bund der Familien unser System als das großzügigste im Land gelobt hat.

Auch hat Flandern die Indexierung des Kindergelds schon vor einiger Zeit ausgesetzt.

In Flandern endet zudem - aus Gründen der Kumulierung - die Erhöhung des Kindergeldes mit 18 Jahren. Bei uns nicht!

Außerdem zahlt die Deutschsprachige Gemeinschaft gemeinsam mit unseren wallonischen Nachbarn das höchste Basiskindergeld im ganzen Land (Stand Dezember 2024).

Frau Neuens erklärte, die Sparmaßnahmen seien nicht sozialverträglich! Frau Stiel meinte, die Sparmaßnahmen treffen die Falschen. Frau Colling, Sie sagten Montag, wir „ziehen den Ärmsten das Geld aus der Tasche“. Eine gewagte Aussage und vor allem eine, die nicht den Tatsachen entspricht! Der Jahreszuschlag zum Kindergeld wird künftig nur noch eben solchen Kindern gewährt, die eine besondere Unterstützung benötigen: Kinder, die entweder den Sozialzuschlag oder den Zuschlag für Kinder mit Beeinträchtigung erhalten.

Das ist sozialverträglich, denn wir berücksichtigen diejenigen besonders, die es am nötigsten haben.

Ziel bei der Einführung des Jahreszuschlags im Jahr 2019 war es, Familien bei der Bewältigung der besonderen **Kosten zu unterstützen, die mit Schuljahresbeginn entstehen**. Der Zuschlag (in Höhe von nun 62,55 Euro) wird zudem für jedes Kind gezahlt(, das im Juli desselben Jahres Anrecht auf das Basiskindergeld hat): somit auch für die Kinder, die noch nicht die Schule besuchen oder beispielsweise eine Lehrlingsentschädigung erhalten. Während viele Eltern durch die neuen Elterntarife in der Kinderbetreuung entlastet wurden und die Lehrlingsentschädigungen angehoben wurden, wurden ebenfalls die Schulbesuchskosten durch einen Pauschalbetrag pro Grund- und erst im letzten Jahr pro Sekundarschüler (2023) gesenkt. Nicht unerwähnt lassen, möchte ich ebenfalls die Ausstattung aller Auszubildenden und Sekundarschüler mit Laptops und die kostengünstigen Essen in unseren Schulen. Die Streichung des Jahreszuschlags wird also durch andere geldwerte Leistungen **kompensiert** und ist daher vertretbar. Unter dem Strich Entlastung, statt Belastung. Auch wenn das Einige anders sehen wollen! Wir lassen die Familien nicht im Regen. Und wir sparen nicht bei denjenigen, die den größten Bedarf haben. Frau Colling, Sie bekommen aufgrund des Sozialzuschlags weiterhin den Jahreszuschlag! Denn genau diesen Menschen kommt der Sozialzuschlag zugute.“

Kinderbetreuung ist ein wichtiger Pfeiler der **Familienpolitik** und gleichzeitig ein **weicher Standortvorteil**, der die Lebensqualität in Ostbelgien fördert. Er ermöglicht die **Beschäftigung** durch Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ist damit ein nicht zu unterschätzender Baustein im Kampf gegen den Fachkräftemangel.

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

Wir halten daher an unserer Politik fest, den Bedarf zu 100% abzudecken und Klassenbester hinsichtlich Kinderbetreuungsquote (zuletzt berechnet 47%) in der europäischen Union zu werden. Keine Sorge, Frau Stiel, der Bedarf ist nach wie vor nicht gedeckt.

Im Vergleich zum letzten Jahr erhöhen wir unsere Investitionen in die Kinderbetreuungsangebote von 6,5 Millionen EUR auf 12,2 Millionen EUR.

Die Gründung des ZKB war ein extrem komplexer und sensibler Prozess, aber die **massive Aufwertung des Sektors und die Bezahlbarkeit der Angebote zahlen sich aus**: 15 neue Vollzeitäquivalente Kinderbetreuer, eine neue Co-Initiative am Eupener Rathaus, eine neue bezuschusste Krippe in Gemeinde-Hand in Amel, ca. 70 zusätzliche Plätze in der Kleinkindbetreuung, 161 zusätzliche Plätze in der außerschulischen Betreuung, eine Verdopplung der Ferienangebote...

Und auch die Selbstständigen, Frau Stiel, profitieren von Zuschüssen und dem nicht abgedeckten Bedarf, während die Eltern die Freiheit haben, sich für das Angebot ihrer Wahl zu entscheiden und das ist gut so!

Die **Beteiligung der Gemeinden** an der Kinderbetreuung des ZKB wurde in Konzertierung mit den Gemeinden im Rahmen der Reform neu geregelt. Einerseits verfügen die Gemeinden jetzt über mehr finanzielle Planungssicherheit, andererseits wurden sie finanziell spürbar entlastet – vor allem im Vergleich zu den Gemeinden im Landesinneren, die massiv in die Kinderbetreuung investieren müssen.

Hinsichtlich der **Betreuung von Kindern und Jugendlichen mit schwereren Beeinträchtigungen** bin ich mit den Verantwortlichen von Griesdeck im Gespräch. Die **Freizeitbegleitung** soll am neuen Standort in Bütgenbach um 15 bis 18 Plätze ausgebaut werden. Außerdem möchte ich den **Ausbau inklusiver Angebote** vorantreiben. Auch dazu laufen Gespräche.

Sie sehen: Die Deutschsprachige Gemeinschaft hat in der Kinderbetreuung in den letzten Jahren insgesamt eine sehr positive Entwicklung durchlaufen. Und daran werde ich auch in Zukunft weiter arbeiten!

Kommen wir zu den **Krankenhäusern**.

Auf föderaler Ebene wird ein **stationärer Bettenabbau mit sinkender Verweildauer** und die spezialisierte Versorgung in **größeren Krankenhäusern** vorangetrieben.

Das macht deutlich, wie groß die Herausforderungen sind, vor denen unsere beiden kleinen ostbelgischen Krankenhäuser stehen. Die Arbeit im Netzwerk MOVE verläuft glücklicherweise sehr positiv.

In den **nächsten Jahre** wird es einerseits darum gehen, eine **Basisversorgung** in der DG zu erhalten und andererseits unsere beiden Krankenhäuser (und ihre 1300 Personalmitglieder)

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

auch **finanziell abzusichern**. Ich versichere Ihnen: Dafür werden wir uns als Regierung im Rahmen unserer Möglichkeiten einsetzen!

Aus eben diesem Grund haben wir (wie bereits in der Regierungserklärung angekündigt) trotz haushalterisch schwieriger Lage die entsprechenden Finanzmittel für die Absicherung unserer beiden Krankenhausstandorte vorgesehen. So auch für den Ausbau der WPZS und die integrierte Versorgung. Wohlwissend, dass wir nichts finanzieren oder finanziell ausgleichen dürfen, was **nicht in unserer Zuständigkeit** liegt.

Zurzeit führen wir Gespräche zur Zukunftsausrichtung unserer beiden Krankenhausstandorte und zu den dafür notwendigen Voraussetzungen - selbstverständlich unter Berücksichtigung möglicher neuer föderaler Vorgaben.

Ziel ist es, den Menschen in Ostbelgien jederzeit eine hochwertige medizinische Versorgung zu garantieren. Ich wiederhole gerne noch ein Mal, dass in meinen Augen dieses Thema das wohl Wichtigste in dieser Legislaturperiode sein wird.

Frau Neuens, es ist interessant, dass Sie beklagen, dass der Masterplan Eifel in den letzten 10 Jahren nicht umgesetzt wurde, war doch ihr ehemaliger Minister die letzten 10 Jahre zuständig. Da muss ich doch etwas schmunzeln. Gleiches gilt übrigens für den Mangel an Wohnressourcen für Menschen mit Beeinträchtigung.“

Gleichzeitig wollen wir den Ausbau der integrierten Versorgung in Ostbelgien mit der **Implementierung des prä- und postnatalen Gesundheitspfads** vorantreiben.

Ich begrüße ausdrücklich das vom PPH beantragte Pilotprojekt einer **psychiatrischen Tagesstätte**. Im Haushalt sind die entsprechenden Mittel vorgesehen. Ein solches Angebot trägt nicht nur zur Verbesserung des Wohlbefindens der Patienten bei, sondern leistet auch einen wichtigen Beitrag dazu, dass Betroffene mangels Alternativen nicht auf Akutbehandlungsplätze angewiesen sind.

Ich muss Sie übrigens korrigieren, Herr Balter. Ferienarbeit in Autonomiegeschichte! Ihre Aussage in Ihrem Interview von Anfang der Woche ist nicht korrekt: Die Pflegeheime gehören nicht zu den "ursprünglichen Zuständigkeiten" der DG! Aber gut, dass die Finanzierung der WPZS nun zu unseren Zuständigkeiten gehört und wir damit unsere Seniorenpflege zukunftsfähig aufstellen können.

Heute geben wir das **Doppelte für die Seniorenpflege aus als das vor der Staatsreform** zu Zeiten des Föderalstaates der Fall war.

Der Ministerpräsident hat es bei der Vorstellung gesagt: In den letzten Jahren wurden enorme finanzpolitische Anstrengungen unternommen, um die häuslichen Hilfen aufzuwerten und die finanzielle Situation der WPZS zu verbessern.

Doch wir wollen noch mehr tun:

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

Einerseits die **häusliche Hilfe** aufwerten und die Dienstleistungen der **SAFPA** in der DG erhalten als Alternative zu einem Einzug in ein WPZS; andererseits pflegende Angehörige durch **Tagespflege** entlasten wie beispielsweise in unseren bald fünf Seniorendorfhäusern, die wir mit finanziellen Mitteln ausstatten.“

LK RE 2024 + LK HH-Debatte 11/12/2024: “Für den weiteren **Ausbau der Plätze in den WPZS** (auf 1000) war **eine gesicherte Finanzierung Grundvoraussetzung**.

Die WPZS haben daher, wie Sie wissen, Vorschusszahlungen bis 2029 in Höhe von **34 Millionen Euro** erhalten. Das erhöht enorm ihre Planungssicherheit.

Andererseits soll der Zuschuss von 34 Millionen Euro aber auch dazu beitragen, die Einstellung zusätzlicher Personalmitglieder zu ermöglichen und damit die Arbeitsbedingungen zu verbessern (z.B. *durch zusätzliche Nachtwachen neben den Alltagsbegleitern und Wohnbereichshilfen*) und die Lebensqualität der Bewohner zu wahren.

Bis 2029 werden wir **jeden Wohnbereich eines Wohn- und Pflegezentrums für Senioren mit mindestens 2 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) Alltagsbegleiter** ausstatten. Bis zum Jahr 2029 sollen insgesamt **54 Alltagsbegleiter** in den Einrichtungen tätig sein. 18 sind bereits ausgebildet. Der nächste Ausbildungszyklus ab Januar ist ebenfalls bereits ausgebucht. Alle 20 Plätze sind belegt.

Doch auch die Alltagsbegleiter werden nicht die alleinige Antwort auf den demografischen Wandel darstellen. Wir müssen grundsätzlich unsere **Versorgungsstrukturen überdenken** und unsere Unterstützungsangebote und Vorhaben verzahnen. Anders wird es in Zukunft nicht gehen.

Dabei gilt es selbstverständlich immer die Bezahlbarkeit aller Hilfsangebote im Auge zu behalten. Unterstützung bei Pflegebedürftigkeit darf nicht vom Einkommen abhängen. Das Pflegegeld spielt dabei eine wichtige Rolle. Insofern bin ich mit Ihnen einverstanden, Frau Stiel! Darum kürzen wir das Pflegegeld ja gerade nicht. Ich möchte Sie aber auch bitten, Frau Stiel, die Hotelkosten in unseren WPZS beispielsweise mal mit denen im benachbarten Deutschland zu vergleichen. Sie werden schnell feststellen, unsere Preise sind deutlich geringer.

Mit dem Problem des Fachkräftemangels stehen wir nicht alleine: Ich zitiere aus dem Grenzecho vom 19/11/2024: “Die Europäische Union steht vor einem massiven Mangel an Arbeitskräften im Gesundheitswesen. Ein im November Bericht der Europäischen Kommission und der OECD (“Health at a Glance”) offenbart, dass 2022 **EU-weit etwa 1,2 Millionen Ärzte, Pflegekräfte und Hebammen fehlen**.

Mit dem Problem des Fachkräftemangels stehen wir nicht alleine: Ich zitiere aus dem Grenzecho vom 19/11/2024: “Die Europäische Union steht vor einem massiven Mangel an Arbeitskräften im Gesundheitswesen. Ein im November Bericht der Europäischen Kommission und der OECD (“Health at a Glance”) offenbart, dass 2022 **EU-weit etwa 1,2 Millionen Ärzte, Pflegekräfte und Hebammen fehlen**.

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

Und in diesem Punkt waren wir keineswegs untätig, Frau Stiel! Denken Sie nur mal an das Erfolgsmodell DuO und dass wir mehr AHS-Studierende für den Pflegeberuf gewinnen konnten, den Alltagsbegleiter, aber auch an die 23 Studierenden im Bachelor soziale Arbeit.

Auch eine **flächendeckende Umsetzung der Demenzstrategie** haben wir uns vorgenommen. Für das kommende Jahr ist eine Informationsveranstaltung in Planung, die

Zum Abschluss! Herr Balter, wir sitzen ja jetzt beide schon seit 2009 im Parlament. Ich mittlerweile in einer anderen Funktion. Nun für die Neuen unter uns: Herr Balter empfiehlt immer sehr gerne Bücher. Daher habe ich Ihnen heute eine Buchempfehlung mitgebracht:

Wenn "jemand in Ihrem Umfeld an Demenz leidet, ist Weihnachten oft eine besonders schwierige Zeit. Erinnerungen an vergangene Weihnachtsfeste und die Freude an den Traditionen können verblassen und das Gefühl der Einsamkeit kann zunehmen. Das Buch "Weihnachtsgeschichten für ältere Menschen mit Demenz" bietet eine wunderbare Möglichkeit, die Magie der Weihnachtszeit wiederzubeleben."

Magie, Besinnlichkeit und Haushaltsdebatten haben zwar wenig miteinander zu tun, aber uns allen wünsche ich in diesen schwierigen haushalterischen Zeiten einen konstruktiven Umgang miteinander im Sinne dessen, was der Bürger uns als Auftrag erteilt hat: zusammenzuarbeiten, wenn es drauf ankommt! Ich bitte Sie in diesem Sinne um Ihre Zustimmung zum Haushalt und danke Ihnen allen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.